

# Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe  
Abonnementpreis 1.00 Mark pro  
Quartal erst. Bestellgeld. Bestell-  
ungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.;  
für Monatsausgabe 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf. Verjam-  
lungsanzeigen z. 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48.

Berlin, den 26. November 1916.

32. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die **Verichtarten für das Statistische Amt** (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gewe und Zahlstellen verhandelt worden. Sollten die Karten bis zum 25. November irgendwo nicht angekommen sein, bitten wir um schnelle Nachricht.

Als **Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen** kommt für diesen Monat der 25. November in Betracht. Die Verichtarten sind spätestens bis zum 6. Dezember an uns einzusenden.

2. **Ausgeschlossen auf Grund des § 16b** des Statuts wurde auf Antrag der Zahlstelle Lübeck der Buchbinder Julius Thesen aus Hannover (Buch-Nr. 41 582).

Der Verbandsvorstand.

## Der staatliche Arbeitszwang.

Die Einführung der „Zivildienstpflicht“ wird tief in das Leben der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften eingreifen. Wir haben daher alle Veranlassung, uns mit ihr zu beschäftigen. Grundsätzliche Bedenken wird man kaum dagegen erheben können, wenn man die allgemeine Wehrpflicht, die auch das sozialdemokratische Programm fordert, anerkennt. Die Zivildienstpflicht ist eigentlich die notwendige Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht, und die Vorgänge besonders auf dem Lebensmittelmarkt während der Kriegszeit zeigen uns, wie notwendig die Organisation der Volkswirtschaft ist, um sowohl dem Heere als auch der übrigen Bevölkerung das Durchhalten zu ermöglichen. Daß außerhalb der Arbeiterklasse zahlreiche Leute müßig umherlaufen, in Wirtschaften und Kaufhäusern das mit Recht verspottete prahlende Geschlecht der sogenannten „Heimkrieger“ bilden, die man unbedenklich in die nationale Volkswirtschaft und Kriegswirtschaft einspannen kann, ist nicht zu bestreiten. Wenn sie nützliche Arbeit verrichten und an der Erhaltung des Volkes dadurch teilnehmen müssen, so ist das eine Forderung, der man keine vernünftigen Gründe entgegenstellen kann. Manche von ihnen dürfte dadurch erst zum Bewußtsein kommen, daß der Krieg mehr bedeutet, als großsprecherische patriotische Begeisterung zu produzieren, und es wird ihnen dabei die Erkenntnis kommen, eine wie bitterere Sache der Krieg ist.

Nach einem Vortrag, den der Chef des neu-geschaffenen Kriegsammtes, der württembergische Generalleutnant Gröner, vor Vertretern der Berliner Presse gehalten hat, soll das neue Kriegsamt die ganze Kriegsarbeit organisieren. Vorläufig sei es in folgender Form gedacht: Dem Chef dieses Amtes unterstehen zunächst die Gruppen, die sich mit organisatorischen und allgemeinen Arbeiterfragen beschäftigen. Ferner die Gruppen, die die technischen Dinge unter sich haben. Eine Trennung der Arbeiterbeschaffung und der technischen Methoden sei nicht möglich. Sowohl die Arbeiterbeschaffung wie die technischen Methoden sollen nach den einzelnen Industriezweigen beraten werden, für die besondere Referenten bestimmt werden. Die Referate unterstehen ebenfalls Technikern, nicht Offizieren. Es besteht auch die Absicht, einen Arbeiter als Mitarbeiter auf allen Gebieten der Arbeiterfragen, insbesondere der all-

gemeinen Arbeiterfragen, in dieses Kriegsammtes hinein zu nehmen, so daß auch die Interessen der Arbeiter im vollsten Maße zum Ausdruck gebracht werden könnten. Dies sei etwas Neues bei einer militärischen Behörde. Doch wir stehen im Kriege, und da dürfte es nicht mehr heißen: die Militär, die Zivil, die Arbeiter und die Unternehmer.

Mit der Verufung nur eines Arbeiters auf allen Gebieten der Arbeiterfragen sind die Interessen der Arbeiter nicht genügend gewahrt, sondern sie müßten auch in den örtlichen Organisationen des Kriegsammtes mit vertreten sein. Vor allem muß darauf gesehen werden, daß die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden und die Ernährung der Arbeiter verbessert wird.

So etwas ganz Neues bedeutet die Zivildienstpflicht nicht, denn in dem englischen Munitionsgesetz hat sie schon ihren Vorläufer. Dies bestimmt in seinem wesentlichen Teil: „Alle Regeln, Gebräuche und Gepflogenheiten, die keine gesetzliche Sanktion haben und die die Tendenz haben, die Produktion oder die Beschäftigung zu beschränken, sollen aufgehoben werden (suspended); wer einen Unternehmer oder einen Arbeiter anreizt oder ermuntert diese Regeln, Gebräuche und Gepflogenheiten aufrechtzuerhalten, macht sich strafbar.“ Ebenso soll in diesen „kontrollierten“ Fabriken der Unternehmerprofit beschränkt werden: er darf nur um ein Fünftel den früheren Durchschnittsprofit übersteigen. Die Arbeitsordnung in diesen Fabriken wird vom Munitionsministerium festgelegt. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung sind strafbar. Der Unternehmer hat jedoch die Macht, den Betrieb zu ordnen und für die Erhebung der Ausbeute zu sorgen. Kein Arbeiter darf in der Regel seine Arbeitsstelle ohne Einwilligung des Unternehmers fündigen. Kein Unternehmer darf einen Arbeiter beschäftigen, der in den vorhergegangenen sechs Wochen eine Munitionsfabrik ohne Einwilligung des Unternehmers — also ohne Abgangsgewinn — verlassen hat. Will ein Arbeiter seine Stelle wechseln und kann er die Einwilligung des Unternehmers hierzu nicht erhalten, so darf er beim Munitionstribunal (lokale Munitionsämter) Beschwerde führen und einen Gerichtsschied veranlassen. Auf Anordnung des Munitionsministers sollen die Munitions- und sonstigen Kriegsarbeiter gewisse Abzeichen tragen.

Auch im österreichischen Gesetz über die Kriegseleistungen ist ein gewisser Arbeitszwang enthalten. Das Gesetz bestimmt, daß alle arbeitsfähigen Männer vom 17. bis 50. Lebensjahr (diese Grenze wurde vor einigen Monaten durch eine S-14-Berordnung bis zum 55. Jahr hinausgeschoben) zu Kriegseleistungen sowohl für die Zwecke der Kriegsmacht, als auch im Interesse der Kriegsführung in Anspruch genommen werden können, insofern diese Erfordernisse nach den im Frieden üblichen Modalitäten nicht rechtzeitig oder aber nur mit unverhältnismäßig größerem Kostenaufwand zu beschaffen wären. Die Anforderungen haben sich auf den unbedingten Bedarf zu beschränken. Die Verpflichtung dazu besteht in allen Fällen nur nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Es ist für die Leistungen entsprechende Vergütung zu gewähren. Wenn irgend tunlich, sind nur solche Personen, die vermöge ihrer gewöhnlichen Beschäftigung zu den betreffenden Arbeitsleistungen geeignet sind, dazu heranzuziehen. Unbedingt befreit sind die

geistig und körperlich Ungeeigneten, die Staats- und öffentlichen Beamten, Gemeindevorsteher und Kraft anderer Gesetze vom Landsturm dienste entzogenen Stelleneinhaber, endlich Personen, die durch internationale Verträge oder nach völkerrechtlichem Herkommen befreit sind.

Welche Form das Gesetz über Zivildienstpflicht im einzelnen annehmen wird, muß abgewartet werden. Verhängnisvoll würde der etwaige Irrtum sein, als ob die Gewerkschaften durch den staatlichen Arbeitszwang überflüssig werden. Im Gegenteil: sie werden notwendiger als je sein, sie werden vor ganz neue Aufgaben gestellt werden und werden sich dem im Interesse der Arbeiter nicht entziehen dürfen und wollen, worauf die Gewerkschaftsleitungen schon jetzt Bedacht nehmen. Wehe den Arbeitern und Arbeiterinnen, wenn sie das verkennen sollten. Gerade deshalb muß viel stärker als bisher der Ruf erschallen:

Einigen in die Gewerkschaften!

## Unsere Ewigkeit.

Der Mensch ist vergänglich wie jedes Wesen der Welt. Er kommt, lebt dahin und vergeht. Und doch, könnten wir Menschen von heute sein, wenn all die anderen in all den Jahrhunderten und Jahrtausenden vor uns nicht gelebt hätten, wenn auch sie nicht gewesen wären, jene vorweltlichen Wesen vergangener Jahrtausende? Es ist gewiß ein ewiges Kommen und Gehen und doch geht kein einziges Wesen von der Welt, um nichts zu hinterlassen. Jedes Wesen ist ein Produkt des großen treibenden Prinzips der Welt, bestimmt, auch selbst im Leben dieser leitenden Tendenz alles Seins zu dienen.

Natürlich gibt es und hat es stets gegeben graduelle Unterschiede in diesem Entwicklungsdiens. Der Lebensinhalt des einen liegt mehr im Sinne jener aufwärtsstrebenden Tendenz als der des anderen und darum hinterläßt der eine auch mehr als der andere, wenn er das Leben beschließt, darum hat jener auch einen größeren Ewigkeitswert als dieser.

Dieses Sein und Werden der Welt hat uns die moderne Naturwissenschaft in hohem Maße erkennen und fühlen lassen. Sie hat uns die Welt gezeigt als etwas Gewordenes und Werdenes, als etwas Ganzes, bei dem die einzelnen Glieder hinaufwachsen mit der Tendenz einer immer größeren Geschlossenheit und Einheit zu einer großen Harmonie alles Seins.

So sind wir nicht mehr Menschen, die, ohne sich dessen bewußt zu sein, der Entwicklung dienen müssen, wir sind imstande, bewußt einzugreifen in den Entwicklungsprozeß und haben die natürliche Pflicht, unser Leben in diesem natürlichen Sinne zu gestalten, der Entwicklung durch den Kampf in ihrer Richtung bewußt zu dienen.

Das haben unsere Brüder, die da draußen gefallen, getan, als sie noch in unseren Reihen standen und darum lebt ihr Bestes, ihr unsterblicher Teil noch heute auf Erden fort.

Und das ist der beste Dank, den wir ihnen zollen können, diesen Geist, den sie verbreitet haben, nach Kräften zu mehren und zu verbreiten. In so manchen haben sie bereits den Keim gelegt zur Erkenntnis, zur Ueberzeugung von Menschenrecht und Menschenpflicht. Dieses ihr Bestes müssen wir aufrechten und zu bilden und zu pflegen suchen, um so größer wird der Ewigkeitswert jener Braven, um so mehr lebt auch von uns das Beste auf Erden fort und fort, wenn unser Körper lange nicht mehr ist. Das ist die erfreulichste Lebensbejahung unserer geistigen Welt. Es ist keine Spekulation ohne Hand und Fuß; es ist die Notur, die uns das lehrt. Durch ein natürliches Streben und Leben wollen wir in reichem Maße aufgehen in die Weltenseele, die ewige, immer höher und höher sich verklärende. G. H.

**Aus unserem Beruf.**

Das größte Buch der Welt. Ueber das Handels- und Boot „Deutschland“, dessen erste futuristischste Fahrt so großes Aufsehen erregt hat, wird in diesem Buch alles gesammelt, was über die Kräfte des Leuchtbuchs in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht worden ist. Es soll der Nachwelt lückenlos alles erhalten bleiben, was über diese denkwürdige Fahrt geschrieben ist. Das Buch selbst ist mit Silber beilagelagert und hat die Größe eines Pianos. Am Ende, das dieses Buch zusammenreimt, will dieses nach seiner Fällung der Kgl. Bibliothek in Berlin schenken.

Die Lugschiffpapierfabrik G. M. Schworbecker u. Co. Akt. Ges. in Berlin erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre 1915/16 einen Ertrag auf Warenkonto von 303.841 Mk. (1914/15: 253.414). Der Grundstücksertrag betrug 9286 Mk. (10.251). Tageserfordernisse u. a. Zinsen 45.356 Mk. (39.340), Hypothekenzinsen 35.875 Mk. (38.875), Handlungsunkosten 120.865 Mk. (133.275); sonstige Posten 13.854 Mk. (13.596), die Abschreibungen werden auf 139.838 Mk. (142.212) festgesetzt. Aus dem Vorjahre stammte ein Verlustvortrag von 97.599 Mk.; dieser erhöht sich auf 151.079 Mk. (im Vorjahr wurde nach Aufrechnung des Vortrages von 8919 Mk. ein Verlust von 101.069 Mk. ausgewiesen. Zur Deckung von 3500 Mk. wurde der vorhandene kleine Reservefonds herangezogen und restliche 97.599 Mk. vortragen. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung, daß eine nutzbringende Arbeit unmöglich war. Immerhin konnte der Umsatz gegenüber dem des Vorjahres gesteigert werden, wenngleich es nicht gelang, den Ausfall im Exportgeschäft auszugleichen. Gegen die Londoner Verkaufsstelle schwebt ein von der englischen Regierung eingeleitetes Liquidationsverfahren. Die Verwaltung beilegt dem Verlustvortrag eventuell entstehender Verluste aus dem Auslandsgeschäft infolge der rechtswidrigen Eingriffe feindlicher Staaten in Privatverhältnisse eine Kriegesreserve von 100.000 Mk. zu schaffen; dann würde die Unterbilanz 251.079 Mk. betragen, der die Kriegesreserve von 100.000 Mk. gegenübersteht. Ueber die Aussichten bemerkt die Verwaltung, daß im laufenden Geschäftsjahr die Umsätze bisher erheblich höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres waren, daß aber im übrigen die Umsätze fortbestehen, die das Ergebnis des Berichtsjahres ungünstig beeinflusst haben.

**Korrespondenzen.**

Berlin. Am 14. November hielt die Jahrsitzung der Verlaufsverwaltung für das 3. Quartal 1916 ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Kongress der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln. Referent Kollege W. Gorder. 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1916. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende die Namen von 11 im letzten Quartal verstorbenen und von 18 im Felde gefallenen Mitgliedern bekannt. Die Versammlung ehrt das Andenken derselben in der üblichen Weise. Zum 1. Punkt hielt Kollege Gorder einen interessanten Vortrag über den Kongress der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln, an welchem er als Delegierter des Verbandes teilnahm. Redner schildert in längerer Ausführungen die Entwicklung der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten von Beginn des Krieges an. Der Kölner Kongress sei gewissermaßen ein Spiegelbild der gesamten Bestrebungen gewesen und hat sich mit den verschiedensten Gegenständen wie Unterstützungsweisen, Anwendung familiärer Glieder, Unterbringung von Verletzten in geeignete Stellungen usw. befaßt. Im Anschluß hieran schildert Redner den Aufbau der Organisation in Berlin, wo im Hauptauschuß auch Vertreter der Arbeiter sitzen. Auch auf das Wirken der in Laufe des Krieges gebildeten Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geht er ein, welche sich neben der Hebung der beruflichen Verhältnisse befassen. Im Buchbindergewerbe sei leider eine solche Arbeitsgemeinschaft noch nicht zustande gekommen, trotz verschiedener Bemühungen des Verbandsvorstandes. Doch scheint jetzt bei den Arbeitgeberorganisationen Geneigtheit zu bestehen, darauf einzugehen. In den mit Beschl. aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

Zum 2. Punkt liegt der Geschäfts- und Kassenbericht gedruckt vor. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl 5017 betrug, darunter 3550 weibliche. Der Bestand der Kassenkasse betrug am Anfang des Quartals 100.419,27 Mk. Einer Einnahme von 14.067,71 Mk. stand eine Ausgabe von 8408,06 Mk. gegenüber, so daß der Bestand am Schluß des Quartals 106.078,92 Mk. betrug. In der Albummappen- und Galanteriebranche beschränkte sich die Tätigkeit der Branchenleitung in

der Hauptsache darauf, die im März d. J. zugestandenen Feuerungszulagen überall zur Einführung zu bringen. Der Beschäftigungsgrad in der Branche war ein guter. Geeignete Schritte der Branchenleitung, die Feuerungszulagen zu erhöhen, hatten leider keinen Erfolg. In der Kartonbranche war die Beschäftigung auf Bezugsarbeiten sehr schlecht, dagegen war in der Zigarettenkartonbranche infolge der großen Meereslieferungen genügend Arbeit. Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, den Tarif, welcher am 1. Oktober ablief, unter Gewährung von Feuerungszulagen auf 1 Jahr zu verlängern.

Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, den Kriegsteilnehmern auch in diesem Jahre zu Weihnachten ein Liebesgabenpaket zu senden. Ferner wurde beschlossen, denselben zu der vom Verbandsvorstand gewährten Unternehmung folgende Zuschüsse zu leisten: Bei einer Mitgliedschaft von 1 Jahr 3 Mk., 1-3 Jahre 4 Mk., 3-5 Jahre 6 Mk., 6-10 Jahre 8 Mk. und über 10 Jahre 10 Mk. Die ausgesetzten und arbeitslosen Mitglieder sollen folgende Unternehmungen erhalten: nach Leistung von 52 Beiträgen männlich 5 Mk., weiblich 3 Mk., nach Leistung von 156 Beiträgen männlich 7,50 Mk., weiblich 5 Mk., nach Leistung von 260 Beiträgen männlich 10 Mk., weiblich 7,50 Mk., nach Leistung von 520 Beiträgen männlich 15 Mk., weiblich 10 Mk.

Bedingung ist, daß seit 1. Oktober 1914 von männlichen Mitgliedern mindestens für 13 Mk. und von weiblichen mindestens für 6,50 Mk. Extramarken gestellt sind. Die Unterfertigung sollen alle diejenigen erhalten, welche am 18. Dezember auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben sind.

Die Ortsverwaltung beantragt ferner, auch im nächsten Jahre die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ in 1000 Exemplaren zu abonnieren und an die weiblichen Mitglieder unentgeltlich abzugeben. Dieser Antrag wurde nach ausgiebiger Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf erfolgt Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Eine Lohnbewegung in Bromberg und ihre Nachwehen. Bereits im Juli d. N. war die Kollegenchaft in Bromberg außerordentlich rührig geworden. Auch ihnen war die Leistung außerordentlich brüderlich geworden und so suchten sie nach einer Erleichterung, die eben nur in der Erlangung höherer Löhne für sie erreichbar war. Immer mehr sammelte sich die Kollegenchaft und namentlich die Kolleginnen im Verband und immer mehr schlossen sich ihre Reihen. Am 28. August lief beim Gauvorstand in Breslau ein Brief ein: Die letzte Versammlung der Bromberger Mitglieder hat beschlossen, den Gauvorstand zu beauftragen, den Prinzipale des Erfinden gestellt, den in Tarif aufgestellten Lohnsätzen die am 8. Mai zwischen den beiderseitigen Zentralverbänden des Gewerbes vereinbarten Feuerungszuschläge hinzuzurechnen und den Arbeitern zu gewähren. Das Schreiben der Bromberger Ortsverwaltung ließ aber erkennen, daß die dortigen Prinzipale dem an sie gerichteten Ersuchen nicht entsprochen haben.

Nachdem nun die Vorarbeiten für die nächste Versammlung erledigt waren, entfiel der Gauvorstand den Kollegen Brucks nach Bromberg, der nun mit den Prinzipalen zu unterhandeln suchte. Doch bei der Grünauerischen Buchdruckerei sollte sich die Sache nicht glatt regeln. Der Direktor Richard Krahl vertrat energisch den Herrn im-Hause-Standpunkt. Die Löhne der Arbeiter festzusetzen, sei ausschließlich sein Recht, in das ihm Außenstehende nichts hineinzureden haben. Haben die Arbeiter Wünsche, so mögen sie ihm diese selbst vortragen. Doch dürfe das nicht gemeinsam geschehen. Wenn sie alle mit Lohnforderungen kommen, so werden sie fuzerhand allezeit entlassen. Er ist nicht abgeneigt, Lohnaufbesserungen zu gewähren, aber nicht jetzt, nachdem sich der Verband ins Mittel gelegt habe. So redete der gestrenge Herr. Dabei waren die den Gehilfen gezahlten Löhne höchst unzulänglich (22 bis 30 Mk.) und die der Arbeiterinnen geradezu erbärmlich (6 bis 11 Mk.) bei achtjähriger Tätigkeit im Geschäft.

Um den Durststicken zu wehren, sah sich Kollege Brucks genötigt, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Vorsitzender desselben ist der zweite Bürgermeister Wolff. Nachdem diesem gegenüber der Direktor Krahl seine schon dem Kollegen Brucks abgegebenen Erklärungen mit Bestimmtheit wiederholt hatte, vermachte der Bürgermeister keine Möglichkeit einer weiteren Vereinigung mehr zu erblicken. Das Einigungsamt beriet also. Inzwischen aber hatte die Kollegenchaft ein kleines Mittel der Selbsthilfe angewandt. Nachdem auch ihre Kommission brüderlich abgewiesen worden war, verweigerte sie die Leberzeitarbeit, die selbst bei den

Kolleginnen fast allabendlich 3 bis 4 Stunden betrug. Da war Herr Krahl betroffen und sehr verzweifelt nach der Polizei, die ihm, wie es in der Öffentlichkeit nicht anders zu erwarten ist, auch ihren Schutz angedeihen ließ. Durch einen Kriminalbeamten wurde Kollege Brucks, der im Versammlungslokal wurde, zum Besuch des Polizeikommissars eingeladen. Dieser bezeichnete unseren Bezirksleiter als ersten im Lande herumreisenden Infraktionier. Er verbot ihm auch, einer Verfügung des Generalkommandos zu wider, Mitgliederversammlungen abzuhalten und stellte ihm die sofortige Inhaftierung in Aussicht für den Fall, daß das Personal bei Krahl die Arbeit gänzlich einstellen sollte.

Indessen kam es nicht zur Arbeitseinstellung. Krahl brauchte die Überwinden des Personals sehr dringend und so sah er sich zum Nachgeben genötigt. Er bewilligte den Gehilfen und 12 Kolleginnen je 1 Mk., den übrigen 38 Arbeiterinnen 50 Pf. Lohnzulage, sowie eine bessere Bezahlung der Lieberstunden. Eine Befriedigung löst die Zugehörigkeit zwar nicht aus; doch gab die Kollegenchaft die Anwendung von Pressionsmitteln auf und beauftragte den Gauvorstand, die Vermittlung des zuständigen Generalkommandos anzurufen, um dadurch eine weitere Steigerung der Löhne herbeizuführen. Diefem Auftrage entsprach der Gauvorstand mit einer eingehend begründeten, auf Tatsachen gestützten Eingabe, die nach Verlauf von sechs Wochen in recht klaffender Weise beantwortet ist. Wir lassen das Schriftstück hier im Wortlaut folgen:

Abtschrift. Stettin, den 8. November 1916.

2. Armeeoberkommando.  
Stellvertretendes Generalkommando.  
Abt. . . . Z. . . . Nr. 61811.

An den Deutschen Buchbinderverband  
Breslau, Karawatenstr. 17 111.

Auf das Schreiben vom 27. September 1916 wird folgendes erwidert:

Das stellvertretende Generalkommando ist der Beschwärde sehr eingehend nachgegangen. Durch die Behörden in Bromberg ist festgestellt, daß die Löhne den Verhältnissen des Krieges entsprechend aufgebessert und die Arbeiter mit den Löhnen zufrieden sind. Die Arbeiter würden überdies bei dem jetzigen Arbeitermangel jederzeit in der Lage sein, in Bromberg bei anderen Firmen lohnende Beschäftigung zu finden.

Unrichtig ist, daß die Grünauerische Buchdruckerei hochbezahlte Militärlieferungen hat.

Das stellvertretende Generalkommando bedauert, daß Agenten aus den Großstädten nach Bromberg gekommen sind und die Arbeiter angereizt haben, höhere Löhne zu verlangen.

In der Krisenzeit ist es die vaterländische Pflicht eines jeden, nicht Gegenstände zu schaffen, sondern sie auszuweichen.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos.  
Der Chef des Stabes, Name unleserlich, Oberst.

Kollege Brucks hat in einem längeren Schreiben vom 11. November die etwas sonderbar anmutenden Ansichten des Generalkommandos widerlegt, insbesondere darauf hingewiesen, daß die Löhne in der Grünauerischen Buchdruckerei nicht zufriedenstellend seien, an weiblichen Arbeitskräften es nicht mangelte, daß er kein „Agent“ sei, um Unzufriedenheit zu erregen, Lohnaufbesserungen aber angelehnt der Feuerung angeordnet und sogar von der Reichsregierung anerkannt seien und das Generalkommando in Berlin ganz anders als das in Stettin solche Angelegenheiten behandelte, daß er (Brucks) daher um nochmalige Prüfung und einen anderen Bescheid bitte, dem er entgegenstehe.

München. Am Mittwoch, den 8. November, fand im „Aloisium“ unsere Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Die vom Kollegen Krahl geleitete Versammlung erhellte zunächst das Andenken des gefallenen Kollegen Ruffner und erledigte dann folgende Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung; 2. die Feuerungszulagen und die Tarifgemeinschaft; 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkt wies Kollege Groenhoff darauf hin, daß das verflochtene Mitteljahr ein sehr arbeitsreiches war, und zwar in erster Linie, weil die Regelung der Feuerungszulagen bei den einzelnen Firmen und bei der Innung manche Arbeit, viele Sitzungen und Verhandlungen, wie auch schriftliche Arbeiten veranlaßte; sodann auch, weil die Münchener Gewerkschaftswoche in dieses Quartal fiel, wodurch ebenfalls viel vorbereitende Arbeit nötig wurde. Leider sei das Ergebnis nicht so in die Augen springend, wie es erhofft wurde. Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß der Schwerpunkt der Agitation nicht in den Versammlungen zu suchen ist,

sondern in der Kleinagitation, von Mund zu Mund, in den Werkstätten und Betrieben, von und zum Arbeitsplatz usw. Diese Agitation hat noch stets die besten Früchte getragen. Es sei aber zu erwarten, daß die Arbeit für und in der Agitationswoche nicht vergeblich war, sondern ihre Früchte trägt. Die Feuerungsbewegung ist in den letzten Tagen zu einem gewissen Abschluß gelangt, indem vor dem Gewerbegericht mit einer ganzen Anzahl kleinerer Firmen, meist der Jannung anwachsend, ein Uebereinkommen getroffen wurde, das den Vereinbarungen mit den Großbuchbindereien entspricht. — Groenhoff wendete sich dann dem **Kassenbericht** zu, der gedruckt vorliegt, und gibt dazu einige Erläuterungen und Ergänzungen. Der Mitgliederbestand war am Schluß des 3. Quartals 186 männliche und 796 weibliche, zusammen 982 Mitglieder, gegen 187 männliche, 772 weibliche, zusammen 959 im vorhergehenden Quartal. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte im dritten Quartal dadurch ziemlich die Hälfte, daß wiederum 23 zum Seeresdienst eingezogen wurden, darunter eine Anzahl jüngerer Kollegen und Funktionäre. Bei den weiblichen Mitgliedern wirkt der Berufswechsel sehr stark auf den Mitgliederbestand ein, indem viele neue Arbeitskräfte in einzelnen Betrieben eingezogen sind, Mitglieder werden, und einigen Wochen oder Monaten den Arbeitsplatz wieder verlassen und zum Teil auch der Organisation wieder verloren gehen. — Aus dem **Kassenbericht** führen wir folgende Zahlen an: Für die **Verbandskasse** waren am Ort behalten vom vorigen Quartal 274,50 Mk., es wurden eingenommen an Eintrittsgeld 21 Mk., an Beiträgen 3350,05 Mk., Gesamtsumme 3644,55 Mk. Die Ausgaben betragen für Unterhaltungs 1163,75 Mk., für sonstige Ausgaben 1917,18 Mk. und am Ort behalten 563,92 Mk., Gesamtsumme 3415,55 Mk. Die **Kassakasse** hatte einen Bestand vom zweiten Quartal von 732,10 Mk., eine **Einnahme** aus den **Verbandsbeiträgen** von 238,63 Mk., aus den **Kassakassen** von 698,05 Mk., sonstige **Einnahmen** 26,36 Mk., aufsummen 8690,10 Mark. Die **Ausgaben** betragen 1191,42 Mk., wovon 400 Mk. dem **Unterstützungsfonds** überwiesen sind. Es bleibt ein **Restbestand** von 7499,42 Mk. Aus dem **Unterstützungsfonds** wurden 421 Mk. an **Unterstützungen** gezahlt, zum größten Teil an die beim Seere stehenden Kollegen. Der **Unterstützungsfonds** schließt mit einem **Bestand** von 3649 Mk. ab. — **Kollege Schibor** berichtete als **Revisor**, daß alles in **Ordnung** sei. Nach einer kurzen **Ausprache** wurde der **Bericht** genehmigt.

Sodann gab **Kollege Eisenhut** seinen **Bericht** als **Delegierter** beim **Gewerkschaftsbereich** in sehr eingehender und **instruktiver** Weise. Es hat sich in der **Darstellung** um die **Teuerung** und **Lebensmittelverfügungsfrage** gehandelt, die ja im **Vordergrund** des **allseitigen** Interesses steht. Eine **Diskussion** fand nicht statt.

Beim **zweiten Punkt** der **Tagesordnung** gab **Kollege Groenhoff** einen **eindeutigen** Ueberblick über die **disziplinäre** Bewegung zur **einheitlichen** Regelung der **Teuerungszulage**. Er **wies** darauf hin, daß man sich im **Frühjahr** an den **Bereich** der **Buchdrucker** gewandt hatte, mit dem **Antrag** auf **Einberufung** einer **gemeinsamen** Sitzung zur **Regelung** dieser **Frage**. Es wurde uns **zunächst** erklärt, wir sollten **bestimmte** **Anträge** stellen. Dieses **geschah**, indem wir den **Antrag** stellten, die **Zulagen** so zu **regeln**, wie es mit den **Buchdruckereien** geschehen sei, **eventuell** wenn dieser **Antrag** nicht **angängig** erscheinen sollte, dieselben **Sätze** wie bei den **Buchdruckern** auch den **Buchbindern** als **gelernten** **Arbeitskräften** zu **gewähren**. **Kollege Groenhoff** **schil-** **berte** dann, wie diese **Bemühungen** **ergebnislos** **blieben**, wie **schließlich** das **Gewerbegericht** als **Vermittlungsamt** **angerufen** wurde und wie es **dieselbst** zu einer **Vereinbarung** mit den **drei** **Großbuchbindereien** kam. In **mehreren** **Verhandlungen** beim **Gewerbe-** **gericht** wurde **dann** mit den **kleineren** **Betrieben** ein **Abkommen** **getroffen**. Es **waren** **dazu** **auch** **zwei** **Druckereien** **geladen**, die **aber** **nicht** **erschienen**, da der **Bereich** der **Buchdrucker** **gegenüber** **dagegen** **Einpruch** **erhob**, weil für diese **Angelegenheit** das **Schieds-** **gericht** **nicht** **zuständig** sei. **Zwischen** **durch** **spielte** **sich** **eine** **Menge** **gegen** **die** **Firma** **Eidenbourg** **ab**, die **am** **Schiedsgericht** **beswegen** **anhängig** **gemacht** **wurde**, weil die **Firma** den **Johannistag** **nicht** **als** **solchen** **an-** **erkennt** **wollte**. **Außerdem** **war** **von** **zwei** **Kollegen** **eine** **Menge** **an** **das** **Gewerbegericht** **eingereicht**, weil sie **den** **mit** **der** **Firma** **Eidenbourg** **vereinbarten** **Arbeitslohn** **nicht** **erhalten** **hatten**. **Auf** **Einpruch** **der** **Firma** **erklärte** **sich** **das** **Gewerbegericht** **nicht** **für** **zuständig** **und** **müßte** **auch** **diese** **Sache** **vor** **das** **Schiedsgericht** **gebracht** **werden**. Die **Einberufung** **des** **Schiedsgerichts** **verzögerte** **sich** **aber** **sehr** **und** **die** **beteiligten** **Arbeiterorganisationen**, **unser** **Verband** **und** **der** **Graphische** **Zentralverband**, **wurden** **infolge-** **dessen** **erregt** **und** **ungehalten**, **um** **so** **mehr**, **da** **der** **Vorsitzende**, **Herr** **Kommerzienrat** **Gebler**, **in** **einem**

**Schreiben** **kurzerhand** **erklärte**, **die** **Klage** **gegen** **die** **Firma** **Eidenbourg** **seitens** **der** **beiden** **Kollegen** **sei** **abzuweisen**. In **einem** **gemeinsamen** **Schreiben** **der** **beiden** **Verbände** **wurde** **dagegen** **entschieden** **pro-** **testiert** **und** **die** **Einberufung** **des** **Schiedsgerichts** **ver-** **langt**. Es **kam** **dann** **auch** **am** **31.** **Oktober** **endlich** **zu** **einer** **Verhandlung**, **in** **welcher** **die** **Firma** **Eiden-** **bourg** **in** **bezug** **auf** **den** **Johannistag** **einmütig** **ver-** **urteilt** **wurde**. Die **andere** **Klage** **wurde** **ebenfalls** **einmütig** **abgewiesen**, weil **anlässlich** **die** **betreffen-** **den** **Kollegen** **9** **Wochen** **zu** **den** **Freien** **des** **Eiden-** **bourgschen** **Haustarifes** **gearbeitet** **haben** **und** **ihre** **höhere** **Forderung** **erst** **dann** **stellend** **machten**, **als** **die** **ge-** **forderte** **waren**. Der **Sonderfall** **erhielt** **hier-** **bei** **erst** **für** **bestimmte** **Arbeiten** **keine** **rechtliche** **Grund-** **lage** **durch** **beiderseitige** **Unterdrift**.

Es **wurde** **dann** **nach** **in** **bezug** **auf** **die** **Teu-** **erungszulagen** **von** **seiten** **der** **Prinzipalvertreter** **der** **prin-** **zipielle** **Standpunkt** **vertreten**, **daß** **solche** **Frage** **nicht** **in** **Verhandlungen** **von** **Organisation** **zu** **Or-** **ganisation**, **sondern** **vor** **dem** **Schiedsgericht** **als** **Ein-** **igungsamt** **zu** **regeln** **sei**, **wenn** **in** **einzelnen** **Firmen** **die** **von** **seiten** **des** **Bereichs** **im** **April** **des** **Jahres** **empfohlene** **Sätze** **nicht** **ge-** **billigt** **würden**, **so** **seien** **diese** **Firmen** **vor** **das** **Einigungsamt** **des** **Schieds-** **gerichts** **zu** **laden**, **wo** **diese** **Frage** **dann** **wahr-** **schein-** **lich** **eine** **gütliche** **Regelung** **erfahren** **würde**. Eine **Ver-** **handlung**, **die** **einen** **Zwang** **auf** **die** **Mitglieder** **aus-** **üben** **würde**, **müßte** **ihre-** **reits** **abgelehnt** **werden**. Da **inzwischen** **aber** **die** **Buchdrucker** **bereits** **eine** **neue** **Teuerungszulage** **erhalten**, **die** **in** **Wien** **75** **Proz.** **Erhöhung** **der** **bisherigen** **Sätze** **vorschlägt**, **so** **wurde** **unsererseits**, **gleichzeitig** **mit** **dem** **Hilfs-** **arbeiterverband**, **im** **Auftrage** **unserer** **Mitglieder** **wiederum** **ein** **Antrag** **auf** **Einberufung** **einer** **gemein-** **samen** **Sitzung** **gestellt** **und** **gleichzeitig** **der** **Antrag**, **dem** **Buchbindereipersonal** **in** **den** **Druckereien** **die** **im** **April** **gewährten** **Zulagen** **zu** **ver-** **drucken**. Dieser **Antrag** **wurde** **mit** **der** **Teuerung** **und** **der** **Tatsache**, **daß** **unserer** **Berufsangehörigen** **fast** **durchweg** **schlech-** **ter** **gestellt** **sind** **wie** **die** **Buchdrucker**, **in** **einbe-** **züg-** **licher** **Weise** **begründet**. In **der** **Schiedsgerichtssitzung** **wurde** **schon** **darauf** **hingewiesen**, **daß** **wir** **eine** **ent-** **sprechende** **Antwort** **erhalten** **würden** **und** **danach** **son-** **nen** **wir** **schon** **denken**, **was** **kommen** **würde**. Sie **sieht** **denn** **auch** **so** **aus**, **wie** **es** **dem** **oben** **ange-** **gebenen** **Standpunkt** **der** **Buchdrucker** **entspricht**.

**Kollege Groenhoff** **wies** **auf** **die** **Konsequenzen** **hin**, **die** **sich** **aus** **diesem** **Standpunkt** **der** **Bereich** **Arbeitgeber** **ergeben**, **wodurch** **das** **Schiedsgericht** **zur** **Bedeutung** **eines** **Tarifsamts** **erweitert** **würde**. **Prin-** **zipiell** **könnte** **man** **sich** **als** **Anhänger** **der** **Tarif-** **gemeinschaft** **sehr** **wohl** **mit** **dieser** **Erweiterung** **ein-** **verstanden** **erklären**. Es **sei** **zunächst** **die** **Wirkung** **des** **in** **Aussicht** **gestellten** **Rundschreibens** **des** **Bereichs** **an** **die** **Buchdruckerfirmen** **abzu-** **warten**; **folgte** **sich** **dann** **herausstellen**, **daß** **in** **der** **einen** **oder** **ander-** **en** **Firma** **die** **Zulagen** **nicht** **erfolgen**, **so** **ist** **der** **Orts-** **verwaltung** **davon** **Mitteilung** **zu** **machen**, **damit** **sie** **in** **der** **vorgezeichneten** **Weise** **das** **Schiedsgericht** **als** **Einigungsamt** **anrufen** **kann**. Im **übrigen** **ver-** **weist** **Redner** **auf** **die** **gute** **Konjunktur** **für** **die** **Gehilfen**, **die** **es** **fast** **meistens** **in** **der** **Hand** **haben**, **sich** **die** **notigen** **Lohnzulagen** **selbst** **herauszubolen** **und** **damit** **auch** **für** **die** **weiblichen** **Mitarbeiter** **und** **für** **die** **Zukunft** **die** **notigen** **Vorstöße** **vorzubereiten**. **Lehrer** **sind** **in** **dieser** **Hinsicht** **die** **Verhandlungen** **mit** **der** **Jannung** **gewesen**, **von** **der** **darauf** **hingewiesen** **wurde**, **daß** **die** **Meister**, **wenn** **sie** **einen** **Gehilfen** **haben** **oder** **behalten** **wollen**, **ganz** **bedeutend** **höhere** **Löhne** **zahlen** **müssen**, **als** **wie** **sie** **es** **bisher** **gewohnt** **waren**. Im **so** **erklärlicher** **ist** **es**, **daß** **in** **einzelnen** **Fällen** **es** **nach** **Gehilfen** **gibt**, **die** **sich** **an-** **einander** **zu** **ganz** **unmöglich** **niedrigen** **Löhnen** **anbieten** **und** **die** **weder** **von** **der** **Organisation**, **nach** **von** **den** **wirt-** **schaftlichen** **Verhältnissen** **eine** **richtige** **Vorfstellung** **haben**. **Daher** **müsse** **immer** **und** **immer** **wieder** **die** **Wahrung** **lauter**, **in** **der** **Agitation** **nicht** **zu** **er-** **lassen**. — **Kollege Mayer**, **als** **Arbeitsnehmervertreter** **des** **Schiedsgerichts**, **vervollständigte** **und** **ergänzte** **noch** **die** **Ausführungen** **des** **Kollegen** **Groenhoff**. — **In** **der** **Ausprache** **wurde** **bedauert**, **daß** **ins-** **gesamt** **die** **Buchdrucker** **verlangen**, **daß** **jeder** **einzelne** **Betrieb** **vorgehen** **sollte**, **so** **daß** **die** **Vertrauensleute** **den** **Kopf** **herhalten** **müßten**. **Der** **Vorsitzende** **Kraß** **sowie** **auch** **Groenhoff** **wiesen** **auf** **das** **Unrichtige** **dieser** **Auffassung** **hin**. **Nach** **wie** **vor** **ist** **die** **Organi-** **sation** **die** **Trägerin** **aller** **solcher** **Verhandlungen**. **Zum** **Schluss** **der** **Ausprache** **faßte** **der** **Vorsitzende** **noch** **einmal** **alles** **kurz** **in** **treffenden** **Worten** **zusammen**.

Unter „**verschiedenes**“ **wurden** **dann** **nach** **meh-** **rere** **Angelegenheiten** **besprochen**, **unter** **anderem** **auch** **die** **Erfahrungen**, **die** **mit** **der**  **sogenannten** **Sommer-** **zeit** **gemacht** **sind**. **Etwas** **Bemerkenswertes** **wurde** **aber** **dadurch** **nicht** **zutage** **gefordert**. **Darauf** **schloß** **der** **Vorsitzende** **die** **Verammlung** **mit** **einigen** **an-** **feuernden** **Worten**.

### Internationales.

**Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern verlegt.** Unter dem 4. Oktober hatte Genosse Legien als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes die angeschlossenen Landesorganisations zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern am 11. Dezember eingeladen. Anlaß zu dieser Berufung der Konferenz gab die auf einer Tagung führender Gewerkschafter aus einigen Entente-Ländern in Leeds (England) am 5. Juli dieses Jahres beschlossene Errichtung eines eigenen Korrespondenzbureaus in Paris mit dem Vorsitzenden der französischen Landesorganisation, Jouhaux, als Sekretär.

Durch die Aufnahme der Tätigkeit dieses Bureaus, das sich in einem Rundschreiben an alle gewerkschaftlichen Landeszentralen mit der Einladung zur Diskussion eines Friedensprogrammes wendete, war die Einheit des I. G. B. durchbrochen. Dem Präsidenten erwuchs daraus die Pflicht, den angeschlossenen Organisationen Gelegenheit zu geben, über den Fortbestand des Bundes zu entscheiden. Er berief daher die Konferenz nach Bern ein, nachdem die Schweizer Landeszentrale sich bereit erklärt hatte, die Vorarbeiten dort zu erledigen. Die Tagesordnung sah die Entscheidung über den Fortbestand des I. G. B. und über die weitere Herausgabe der internationalen Gewerkschaftskorrespondenz vor.

Die Gewerkschaftszentralen in Holland, Deutschland, Oesterreich und Ungarn teilten mit, daß sie Vertreter entsenden würden, obgleich eine absolute Notwendigkeit für das Stattfinden der Konferenz nach ihrer Meinung nicht vorlag. Eine von den Skandinaviern beantragte Konferenz mit einem Vertreter des Internationalen Sekretariats fand am 10. und 11. November in Kopenhagen statt, die unter Anführung der maßgebenden Gründe es für schwierig erklärte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine internationale Gewerkschaftskonferenz abzuhalten und deshalb um Verschiebung auf einen günstigeren Zeitpunkt ersuchte.

Der Präsident des I. G. B. hat diesem Antrage, der ihm geeignet erscheint, die internationalen Beziehungen zu fördern, stattgegeben. In einem Rundschreiben vom 12. November hat er den gewerkschaftlichen Landeszentralen mitgeteilt, daß die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

**Dänemark.** Zwischen dem dänischen Buchbinderverband, der Kopenhagener Innung und dem Zentralarbeitgeberverein ist eine Vereinbarung getroffen, wonach sämtliche Gehilfenlöhne bis 62 Oere um 8 Oere erhöht werden. Arbeiterinnen erhalten 4 Oere Zulage die Stunde. Für die Erhöhung ist der am 1. April 1916 erhaltene Stundenlohn maßgebend. Wo die tägliche Arbeitszeit weniger als 9½ Stunden beträgt, wird eine wöchentliche Zulage von 4,50 Kronen für Männer und 2,50 Kronen für Arbeiterinnen gewährt. Diese Bestimmungen sind für Kopenhagen am 14. und für die Provinz am 21. Oktober 1916 in Kraft getreten und gelten bis zum 1. April 1918. Nach dieser Vereinbarung beträgt der Minimallohn die Stunde

	in Kopenhagen	in der Provinz
für Gehilfen	54 Oere	49 Oere
„ Ausgelernte 1. Jahr	46 „	43 „
„ Arbeiterinnen	32 „	29 „

Die Arbeiter der Papiertütenfabriken in Kopenhagen haben sich gewerkschaftlich organisiert und dem Buchbinderverbande angeschlossen.

**Oesterreich.** Ein ähnlicher Tarif wie für die reinen Buchbindereien Wiens ist auch für die Druckerei-Buchbindereien abgeschlossen worden. Er sichert nach der „Einigkeit“ den betreffenden Kollegen und Kolleginnen wöchentliche Lohnzulagen von 4,60—5,40 Kronen für Gehilfen und 1,40 bis 3,— Kronen für Arbeiterinnen. Allerdings können dabei die im Jahre 1916 gewährten Zulagen in Anrechnung gebracht werden. Die Arbeitszeit ist gleich der der Buchdrucker festgesetzt worden.

Eine Reichskonferenz der österreichischen Zentralverbände hat in Wien tagend. Sie war von 48 Delegierten aus 58 Gewerkschaften und von Vertretern der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Parteileitung, der Abgeordneten und des Frauenreichskomitees besucht. Hueber teilte mit, daß der Mitgliederverlust 57 Proz. gegen 55 Proz. in Deutschland und 56 Proz. in Ungarn betrage, dagegen bei den losgelösten tschechischen Verbänden 70 Proz., obwohl sie weit vom Kriegsgelände entfernt arbeiten. Ueber die gewerkschaftlichen Richtlinien für die Beschäftigung Kriegsbeschädigter konnte noch keine Einigung mit den Unternehmern erzielt werden. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte ist noch in den Anfängen. Für die Arbeiterfrage bei der Demobilisierung sind der Regierung Vorschläge überreicht worden. Dem Metallarbeiterverband ist es ge-



lungen, wenigstens für Niederösterreich die Er- richtung einer Beschwerdestelle für Arbeiter, die unter dem Kriegseinstellungsgesetz stehen, durchzu- setzen. Bei Uebergang zur Friedenswirtschaft wird es notwendig sein, daß sich die kleineren Ge- werkschaften nach Industriegruppen zusammen- schließen.

Am Sonntag hat in Wien ein von Gewerk- schaftern und Krankenkassenleitern einberufener Arbeitertag stattgefunden, zu dem auch Re- gierung und Behörden eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stand die Volksernährung und die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege.

**Rundschau.**

**Ueber die Ausbreitung der Frauenarbeit** hat der Staatssekretär Dr. Helfferich im Reichstagsaus- schuß für Handel und Gewerbe ganz interessante Aus- führungen gemacht, indem er die Verteilung der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte zum Ver- gleich stellte. Danach ist die Zahl der weiblichen Ar- beitskräfte in Landwirtschaft und Gärtnerei seit dem 1. Juli 1914 von 32 auf 45 Proz. gestiegen. In der Hütten- und Maschinenindustrie wuchs sie von 7 auf 19 Proz.; in der elektrischen Industrie von 24 auf 55 Proz.; in der chemischen Industrie von 7 auf 23 Proz.; in der Textilindustrie von 54 auf 64 Proz.; in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 48 auf 60 Proz.; in der Bekleidungsindustrie von 53 auf 64 Proz. Man könnte hinzufügen, daß auch im Verkehrsweisen die Zahl der tätigen Frauen ganz erheb- lich gewachsen ist, wie jeder sieht, der sich der Eisenbahnen oder der Straßenbahnen bedient. Die Volkszählung vom kommenden 1. Dezember wird voraussichtlich dieses Anwachsens der Frauenarbeit im gewerblichen und kaufmännischen Leben noch ge- nauer erkennen lassen und auch prüfen lassen, in welchem Umfang die weibliche Arbeitskraft noch über das heutige Maß den nationalen Anforderungen dienlich gemacht werden kann. Sie dürfte auch zeigen, daß die Arbeitskraft der Jugendlichen heute ganz erheblich höher als in normalen Zeiten ange- spannt worden ist.

**Haben die Krankenkassen Krankenhauspflege zu ge- währen?** Zu dieser Frage hat das Reichsversicherungsamt mehrmals Stellung genommen, und zwar dahin, daß eine Krankenkasse im Einzelfalle weder im Spruch- verfahren noch im Aufsichtswege zur Gewährung von Krankenhauspflege gezwungen werden kann. Daß eine Beurteilung im Spruchverfahren nicht er- folgen könne, hat es bereits in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 16. November 1914 (Amtl. Nachr. S. 818) ausgesprochen und diese Rechtsauffassung noch in einer weiteren grundsätzlichen Entscheidung dahin bekräftigt, daß selbst in dringenden Fällen dem Versicherten kein im Spruchverfahren beschaffbarer Anspruch auf Uebernahme aller Kosten gegenüber der Krankenkasse zustehe (Amtl. Nachr. 1916 S. 478). Offen ließ das Reichsversicherungsamt dabei die Frage, ob nicht eine Krankenkasse im Aufsichts- wege angehalten werden könne, im Einzelfalle die Krankenhauspflege zu gewähren. Jetzt hat es auch diese Frage durch eine grundsätzliche Entscheidung des Beschlußsenats (Amtl. Nachr. 1916 S. 647) ver- urteilt.

Nach der Rechtsauffassung des Reichsversiche- rungsamts gibt die Fassung der gesetzlichen Bestim- mung in § 184 der Reichsversicherungsordnung dem Versicherten in keinem Falle einen bindenden Rechts- anspruch auf Krankenhauspflege. Wer sich ohne Zu- stimmung des Krankenkassenvorstandes in ein Kran- kenhaus zwecks Behandlung und Verpflegung auf- nehmen läßt, kann nach Ansicht des Reichsversiche- rungsamts wohl Anspruch auf volles Krankengeld und in dringenden Fällen auch Anspruch auf Ersatz der Behandlungskosten haben, nicht aber auf Ersatz der Kosten für die Verpflegung.

Doch spricht der Beschlußsenat in seiner Ent- scheidung auch aus, daß den Krankenkassen immer- hin durch die gesetzlichen Bestimmungen die allge- meine Weisung erhalten hätten, in allen not- wendigen Fällen Krankenhauspflege zu gewähren. Auch sei den Aufsichtsbehörden der Krankenkassen die Pflicht eingeschärft worden, auf ein der Abfertigung des § 184 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung mög- lichst entgegenkommendes Verhalten der Kassenvor- stände durch Belehrungen und allgemeine Anweisungen hingewirken. Ob und welche Maßnahmen die Aufsichtsbehörde etwa ergreifen könnte, wenn wider Erwarten eine Krankenkasse fortgesetzt und grund- sätzlich die Gewährung der Krankenhaus- pflege ablehnen sollte, sei nicht zu entscheiden ge- wesen.

Diese Mahnworte des Reichsversicherungsamts dürften insbesondere nicht unangenehm sein gegen- über den Krankenkassen. Die Kasse allerdings, welche die vorstehende Entscheidung durch ihr Ver- halten provozierte, war eine Innungsranken- kasse. F. H.

**Eine Konferenz des Verbandsteils im Deut- schen Bauarbeiterverband** tagte am 2. und 3. Novem- ber in Hamburg. Neben dem Bericht über den Stand des Verbandes beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Familienunterstützung der Kriegs- teilnehmer aus Mitgliederkreisen, der Beschäftigung der Frauen auf Bauten, der Erwerbslosenunter- stützung für kriegsbeschädigte Mitglieder und mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeits- vermittlung.

Ueber den Stand des Verbandes konnte der Vorsitzende Paepow berichten, daß die Mitglieder- zahl, die im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges 310 444 betragen hat, am Schluß des ersten Halb- jahres 1916 auf 81 008 zurückgegangen ist. Neben der Zahl von 172 025 Mitgliedern, die bis zum Juni 1916 zum Heere einberufen waren, und denen, die durch natürlichen Abgang (Tod, Ausscheiden aus dem Beruf usw.) als Verlust zu buchen waren, hatte der Verband im Jahre 1914 44 Proz. und im Jahre 1915 20,05 Proz. Abtrünnige zu verzeichnen. Das Verhältnis ist im Gegensatz zu den übrigen Gewerkschaften als sehr ungünstig zu bezeichnen, denn während im Juli 1914 auf den Bauarbeiterverband 12,5 Proz. aller in den Zentralverbänden organi- sierten Mitglieder entfielen, blieben es am 31. De- zember 1915 nur noch 8,3 Proz. Günstiger als angenommen werden könnte, liegen die Stawenverhält- nisse. Das gesamte Verbandsvermögen, das im Jahre 1914 sich auf 17 573 253 Mk belaufen hat, ist während des Krieges nur um 711 560 Mk geringer geworden, trotz der hohen Aufwendungen für Unter- stützungszwecke, die während der Kriegsdauer ge- macht worden sind. Mit den Summen für Unter- stützungszwecke steht der Bauarbeiterverband fast an erster Stelle unter den Verbänden.

Dennoch scheint gerade die Familienunterstützung diejenige Wirkung nicht ausgelöst zu haben, die man von ihr erhofft hatte. Bisher sind rund 4 1/2 Mil- lionen Mark dafür ausgegeben worden. Und die vielfach laut gewordenen Klagen über die Teilnahms- losigkeit der aus dem Kriege bereits zurückgekehrten oder vorläufig beurlaubten Mitglieder am Verbands- leben haben die Beschlußfreudigkeit zur weiteren Unterstützung erheblich herabgemindert. Dennoch wurde beschlossen, die Unterstützung zu Weihnachten noch einmal in derselben Höhe wie früher nach den gleichen Grundfähen zur Auszahlung zu bringen. Schließlich wird der Verband sein Augenmerk auch darauf zu richten haben, daß er allen finanziellen Anforderungen gewachsen ist, die an ihn nach dem Kriege herantreten.

Ueber die Beschäftigung der Frauen auf Bauten hat der Verbandsvorstand eine Aufnahme ver- anstaltet, bei der sich herausgestellt hat, daß zurzeit rund 9000 Frauen im Baugewerbe, meistens jedoch im Tiefbau, beschäftigt werden. In Hinblick darauf, daß der gegenwärtige Zustand auch nur als eine Erscheinung des Krieges angesprochen werden kann, und daß darauf gedrungen werden muß, daß mit Beendigung des Krieges auch die Gewerbeordnung in vollem Umfange wieder in Kraft tritt, beschloß die Konferenz, in loyaler Folge der Beschlüsse der früheren Bauarbeiterkongresse, von einer Or- ganisierung der Frauen abzusehen, doch den im Bau- gewerbe beschäftigten Frauen jede moralische Hilfe zu leisten, die ihnen die Organisation bei der Ein- wirkung auf die Erhöhung der Löhne und bei der Durchführung des nötigen Bauarbeiteraufschubes geben kann.

Zur Erwerbslosenunterstützung für kriegs- beschädigte Mitglieder beschloß die Konferenz, daß alle nicht voll erwerbsunfähigen kriegsbeschädigten im Falle der Arbeitslosigkeit vom Verbands- unterstützt werden sollen, sofern sie sich spätestens vier Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Heere beim Verband anmelden und ihre sonstigen Pflichten erfüllt haben.

Zur „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermitte- lung“ führte der Leiter des Zentralarbeitsnachweises im Baugewerbe, Silberkämdt-Verlin, aus, daß die Zahl der angeforderten Arbeiter bei weitem nicht be- schäftigt werden konnte. In einzelnen Monaten konnten nur 48,76 Proz. von je 100 benötigten Ar- beitern vermittelt werden. Den Schluß der Kon- ferenz bildete eine Ansprache über in Aussicht zu nehmende Änderungen des Statuts und der Ver- bands-einrichtungen nach dem Kriege.

**Zulassung von Eckerinnen durch das Tarifamt der Buchbinder** ist unter gewissen Bedingungen ge- stattet worden. Die wichtigsten davon lauten:

- 6. Bedingungen für Einstellung und Beschäftigung weiblicher oder anderer ungleicher Personen:  
a) bei Ausbildung und Beschäftigung im Hand- faz oder bei anderen technischen Gehilfen- Dienstleistungen: Während 13 Wochen ist dem Lernenden eine Mindest-Einstellung von 15 Mk. zu zahlen; dazu kommt der Lo- talzuschlag nach § 12 des Tarifs; während der weiteren 6 Wochen 20 Mk. und der Lo-

talzuschlag; alsdann der Tariflohn des Ge- hilfen (§ 4) oder Berechnen nach dem Tarifpreis (§ 16 des Tarifs).  
b) im Maschinenfaz: Während 13 Wochen 18,75 Mark und Lokaltzuschlag, auf weitere 6 Wochen 25 Mk. und Lokaltzuschlag; alsdann der Tar- iflohn eines Maschinenseklers (§ 51) oder Be- rechnen nach Zehntausendpreis (§ 57 des Tar- ifs).

Leibniz, einer der größten deutschen Gelehrten, der sich als Universalgenie auf den Gebieten fast aller Wissenschaften betätigte und daneben auch als Politiker in Deutschlands tiefster Erniedrigung eine Rolle spielte, ist vor 200 Jahren am 14. November gestorben. Lange Zeit war er fast vergessen, aber in neuerer Zeit hat man immer mehr erkannt, wie weit er als Wissenschaftler seiner Zeit vorausgeeilt war und wissenschaftliche Grundlagen gelegt hat, auf die ein Lessing, Goethe, Herder, Karl Marx weiter- gebaut haben. Mit Recht ist daher zu seinem Todes- tage auch in der Arbeiterpresse seiner rühmend ge- dacht worden.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 20. No- vember bei der Verbandskasse ein: Von Frankfurt a. Oder —,—; Gau 2 —,—; Königsberg 200,—; Schwerin 50,—; Strefeld 340,—; Darmstadt —,—; Mainz 68,75; Mannheim-Ludwigshafen 600,—; Karlsruhe 200,— und von Würzburg —,— Mk.

**Nach nicht abgerechnet haben:** Bromberg, Muhl- a und Meissen. E. Hauelsen.

**Anzeigen**

**Tüchtiger Kartonnagenzuschneider,** der auf pharmazeutische Kartonnagen gut eingerichtet ist, zu sofortigem Eintritt in dauernde, gut bezahlte Stellung gesucht. Angebote an **Altmann & Friebe, Breslau VI.**

**Buchbinder** für leichte Brotschärfarbeit stellt sofort ein **Bonness & Nachfeld, Potsdam.**

**Transparent- und Pergament-Leder** offeriert **J. Heil, Berlin, Centralhotel.**

**Ersatz für Tuchband und Gummiringe.** Zum Verpacken und Verzieren von Geschenken usw. **10 m Rolle gummiertes Papierband, D. R. P., 14 mm breit, schwarz-weiß-rot, in eleganter Aufmachung. Ladenpreis: 0,60 Mk.**

**„Rahme selbst ein!“** Kasten mit 2 Rollen zum Umbiegen vorgeritzter Klebstreifen, Musterbild, 4 Glasplatten, Häkchen und Schablone. **Ladenpreis: 3,— Mk.**

**Zum Einrahmen von Lichtbildern:** Zum Umbiegen vorgeritzte Einfas- streifen, schwarz . . . a Rolle 1,— Mk. **Vorgeritzte Bezeichnungsstreifen, schwarz-weiß . . . a „ 1,— „** **Mehrfarbige Bänder in jeder Länge. D. R. P.** **Fabrik für Klebmaterial — Dr. J. Neubronner — Cronberg (Taunus).**

**Elektromotoren** laufen Chem. u. Pharm. Werke, Berlin-Grünau.

**Falzmaschine,** gelostet 250,— Mk., verkauft für 120,— Mk. **Hübner, Berlin, Rosenthaler Straße 65.**

**Zahlstelle Dresden.** Am 13. November verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied, der Kollege **Theodor Lorenz** im Alter von 84 Jahren. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. **Der Vorstand.**